

jedem Vorentsrichter als Beispiel dienen könnte. Uebertreibend genau und schnell erfolgten seine Strafentscheidungen, die alle etwa möglich werdende Härte im Reime erstickt hätte. Er leitete das Spiel so sicher, so angenehm, daß ihm für den Propagandawert, den seine Leistung dem Spiel gab, besonderer Dank auszusprechen ist. Gegen seine Entscheidungen war kein Widerspruch seitens der Spieler möglich, er sah einfach alles und griff auch sofort ein.

Die russische Elf spielte nicht ganz so gut wie die die im Vorjahr dagegewogene. Wahrscheinlich hatte sie es nicht nötig, sich mehr auszugeben, als sie es getan hat. Ihr Spiel war wohl sehr körperlich, verriet aber dennoch hohes Können jedes einzelnen. Bei der Beurteilung der russischen Elf muß man sagen, daß ihr Spiel weit mehr zweitmäßiger, mehr gradlinig auf Erfolg ausgehen war, als das unserer Vertreter. Und so entspricht denn auch das Resultat den bei diesem Spiel gezeigten Leistungen. Auch das Ergebnis der zweiten Halbzeit (3:2 für A.) kann als Gradmesser für das Gebotene in der zweiten Halbzeit gelten.

Die beiden Länder stellten zum Kampf:

Rußland: Sokołom (Moskau)
Jelchoff (Leningrad) Lopatja (Moskau)
Tomin (Charlow) Jelin (Tula) Privaloff (Charlow)
Cholin Straub Isakow Butowow Starostin
(Moskau) (Odessa) (Moskau) (Leningrad) (Moskau)
Deutschland.
Behne Krause Schmidt Alshenbrenner Gründer
(Wuttg.) (Stötterich) (München-Gern) (Leipzig-W. 03)
Theuer Naumann Bogen
(Leipz.-Kuttrich) (Lindenau) (Leipz.-Kleinrichshöher)
Krahmer (L.-Stötterich) Dorn (Nürnberg-West)
Treubinger (Nürnberg-West)

Auf das Abschneiden der Ländermannschaft beim Spiel in Hamburg, das am kommenden Sonntag stattfindet, darf man gespannt sein, weil die Bundesfußball-Delegation den Preßvertretern mitteilt, daß die schwachen Stellen der deutschen Elf mit anderen Spielern besetzt werden sollen.

Wir werden auch über das Hamburger Spiel berichten.

Die Beamtdemonstration und der Landtag

Vom Ortsrat des DBB und vom Ortsausschuß des ADG wird uns geschrieben:

Die Dresdner Organe der ländlichen Beamtenorganisationen, die für den 28. Juni zu der Beamtdemonstration auf den Elbwiesen aufgerufen hatten, sind über die von Herrn Abgeordneten Rößling am 28. 6. im Landtag abgegebene Erklärung auf das äußerste erstaunt. Die darin zum Ausdruck kommende Auffassung, daß Herr Abg. Menke als Vorsitzender des Belohnungsausschusses die Deputation der demonstrierten Beamtenchaft zugelassen eigenmächtig empfangen habe, muß stark bestreitet werden, weil hieraus zu entnehmen ist, daß der Herr Abg. Rößling und die hinter seiner Erklärung stehenden Parteien es für richtiger gefunden hätten, wenn der Empfang der Deputation abgelehnt worden wäre. Die genannten Spartenorganisationen stehen aber auf dem Standpunkt, daß es politische Pflicht des Landtages war, einer so starken Kundgebung der Beamtenchaft auch das notwendige Gehör zu schenken. War es schon sehr auffallend, daß die ländliche Regierung die Deputation erst am nächsten Tage vorließ, so ist es geradezu unverständlich, daß Teile des Landtages nicht einmal zu diesem Entgegenkommen bereit zu sein gewesen scheinen. Es entspricht weiterhin nicht den Tatsachen, daß Herr Abg. Menke eine irgendwie paritätisch gefärbte Erklärung abgegeben hätte. Er hat ausdrücklich betont, daß er als Vorsitzender des Belohnungsausschusses nur die Beschriftung dieses Ausschusses mitteilen könne. Wenn er doch auch erwähnte, daß noch ein Wiederholungsantrag vorliege, ohne dabei die Namen der antragstellenden Fraktionen zu nennen, so war er diese Offenheit der Deputation schuldig. Am übrigen ist es von der Deputation unter der demonstrierten Beamtenchaft wohlwollend empfunden worden, daß Herr Abgeordneter Menke zu weiteren Auskünften an die einzelnen Fraktionen vermeinte. In einem politischen Hause kommt es hauptsächlich auf die Auffassung der einzelnen Fraktionen an, die den Willen ihrer Wählerschaft fundgeben. Es hat große Bedeutung herorgerufen, daß einzelne Parteien derartigen Auskünften ausweisen. Zu einem Protest gegen die völlig einwandsfreie Geschäftsführung des Abg. Menke lag nicht die geringste Veranlassung vor. Vielmehr wäre es besser gewesen, wenn auch die Fraktionen der Deutschnationalen und der Deutschen Volkspartei ihre Meinung an Ort und Stelle kundgegeben hätten, zumal vor dem Landtag eine viertausendköpfige Beamtenmasse auf Klarheit drängte. Es kann von den genannten Spartenorganisationen nicht gebilligt werden, wenn die Abstimmung einiger Fraktionen gegen die Strahendemonstration der Beamtenchaft jetzt hinter nicht stichhaltigen formalen Gründen verschönzt wird.

Clara Zetkin in der Emigration

Bon Sinaida Bojarzkoja.

In der Schweiz arbeitete Clara zunächst in der Expedition des "Sozialdemokraten", der führenden deutschen Parteizeitung, die in Zürich herausgegeben, auf illegalen Wegen nach Deutschland gebracht und dort verbreitet wurde. Die Arbeit in der Expedition war damals außerordentlich verantwortungsvoll und mußte streng geheim durchgeführt werden, da die deutsche Regierung alle Mittel aufbot und sich der Spitzel bediente, um zu erfahren, auf welchem Wege und an welche Adressen in Deutschland die Literatur abgeschickt wurde, die dem Ausnahmestandort zum Trost unter der Arbeiterschaft der Städte und Industriezentren verbreitet wurde. Die junge Clara erledigte die Arbeit in der Expedition auf das Beste und rechtfertigte vollkommen das Vertrauen des Leiters der Expedition, Julius Motteler, der in der Geschichte der deutschen Sozialdemokratie als der "rote Held des Meisters" fortsteht. Von Zürich begibt sich Clara nach Paris, wo sie mit Otto Zetkin zur Lebensgemeinschaft verbindet.

In Paris wurde sie bald mit Paul Laforgue, dem Schwiegersohn Karl Marx', mit Guesde und anderen Sozialistenführern bekannt, die sich damals befanden, in heiklem Kampf mit den bürgerlich geprägten Opportunisten die Ideen des Kommunistischen Blattes zu leidenden Gedanken der französischen Arbeiterchaft zu machen. Die französischen Proletarier waren noch durch den ungeheuren Überfall der Bourgeoisie geschwächt und durch allerlei mehr oder weniger bürgerliche und monarchistische Anklamungen verwirkt.

Bei der praktischen Arbeit unter dem französischen Proletariat überzeugte ihr Clara immer stärker von der Richtigkeit der Lehren von Karl Marx. Durch Otto Zetkin wurde sie zum anstrengenden Studium der Schriften der Meister angeregt. Sie vertiefte sich mehr und mehr in die marxistischen Ideen, und in der Folge konnte Clara Mehring vor ihr hören: „Es gibt nur wenige Zeitgenossen Clara Zetkin, welche die marxistische Theorie so gründlich kennen wie sie, aber es wird sich auch kaum jemand finden, der diese Lehre besser begriffen hat als sie.“ Mit Otto Zetkin zusammen war sie Mitarbeiterin an dem ersten Organ der französischen Marxisten „Le Sozialiste“. Sie war auch Berichterstatterin des „Sozialdemokraten“ und schrieb für verschiedene deutsche Arbeiterblätter. In manchen dieser Zeitungen zeichnete sie ihre Beiträge auch nach Otto Zetkin. Das mit dessen Namen, weil sie fürchtete, daß man die Beiträge einer Frau zurückweisen würde.

Gemeinsam mit der Tochter von Karl Marx, Laura Laforgue, versuchte sie mehrmals in Paris eine sozialistische Frauengruppe zu organisieren, jedoch ohne Erfolg. Sie arbeitete

Die Niederlagen des Bürgerblocks Die neueste Schwindelparole der SPD

Zu den Abstimmungen im Reichstag,

Die Mehrheit des Reichstags hat gegen die von der Reichsregierung eingedrängte Vorlage auf Erhöhung der Kartoffel- und Zuckerzölle gestimmt, die Bewehrung der Massen durch die erhöhte Mehl- und Fleischzölle dagegen gutgeheissen.

Den Ausschlag gaben die Preußenstimmen. Preußen ist mit

26 Stimmen vertreten, von denen 18 der Regierung unterstehen,

13 den Provinzvertretern zuliegen. 10 dieser Provinzvertreter stimmen mit dem Bürgerblock.

Nach der preußischen Verschluß bestimmt der Ministerpräsident die Richtlinien der Polizei.

Die SPD-Zeitung feiert diese „Niederlage“ des Bürgerblocks. Tatsächlich wird aber die Reichsregierung die Vorlage jetzt vor den Reichstag bringen. Dort wird sie die Mehrheit finden, die ihr durch die Bürgerblockpartei gesichert ist, denn das Zentrum hat im Austausch gegen die kulturrevolutionären Gesetze dem Zollwahlrecht bei der Bildung der Regierung natürlich zugestimmt. Dann steht dem Reichstag zwar noch ein Einpruchsrecht zu, aber er wird sie, oft schon, vermutlich hütten, davon Gebrauch zu machen. 1925 hat er mit den Stimmen der Braun-Regierung bestimmt sogar den berüchtigten Einfuhrhöhen zu gestimmt!

Die SPD-Führung täuscht die Arbeiterschaft mit der Ausbildung parlamentarischer Scheinkämpfe über die Tatsache hinweg, daß sie jeden wirklichen Kampf gegen den Zollwucher unterlädt. Sie nährt in den Massen Illusionen über „Niederlagen“ des Bürgerblocks, um ihren täglichen Betrug an dem Kampfe gegen den Bürgerblock zu verschleiern.

Das Zentrum stimmt, um seinen Arbeitersöhnen Sand in die Augen zu streuen, für das Sperrgesetz gegen die Fürstenforderungen, weil es wußte, daß damit den Bürgern nichts geschieht, da ja die von Marx als notwendig erklärte Zweidrittelsmehrheit ohnehin nicht erreicht werden konnte.

Der Vorwurf fabriziert daraus einen Krach im Bürgerblock — und wittert die Morgenluft der Großen Koalition.

In Wahrheit ist bisher von irgendeinem Krach im Bürgerblock noch nichts zu spüren. Sowohl das Koalitionsamt für das Zentrum als die Lebensmittelzölle der Agrarpartei werden durchgeführt, daran ändern alle Abstimmungen im Reichstag nichts.

Beim geplanten Juilletzoll soll der kleinen Schicht der rübenbauenden Großgrundbesitzer jährlich ein Betrag von etwa 70 Millionen zugeschanzt werden, viel mehr, als diese Leute zusammen jährlich an Steuern zahlen, und beim Kartoffelzoll handelt es sich um das Hauptrichtungsmittel der örmsten Schichten, das vorsteuert werden soll, um den ostelbischen Junkern die Mittel zum Ausbau der Stahlhelm- und Werwolf-Organisationen zu geben.

Es ist, hält Illusionen über „Niederlagen“ des Bürgerblocks zu verbreiten, notwendig die Interessen des Proletariats und der Mittelschichten gegen ihn zu verleidigen. Indem der Vorwurf praktisch nebenjähliche, aus dem Agitationsbedarf aus und dem parlamentarischen Kultus-Scheinkampf entstehende Abstimmungen als Niederlagen des Bürgerblocks ausgespielt, treibt er bewußt die Arbeiter in die Illusion, der Bürgerblock schwach, der parlamentarische Kampf möge eineVerteidigung der Arbeiterinteressen möglich und arbeitet für die Große Koalition, die konsequente Fortsetzung der Burgfriedenspolitik, die konsequenteste Vorbereitung des neuen 4. Augusts.

Diese neueste Schwindelparole der SPD-Führer fügt sich logisch an die Agitation, die die Kriegsschäfte leugnen: „Der Bürgerblock erleidet eine Niederlage nach der anderen — die Bourgeoisie will und kann keinen Krieg führen.“ Wenn die Arbeiterschaft sich von den sozialdemokratischen Schulmeilen bestören liegen, anstatt im Betrieb, in der Gewerkschaft, auf der Straße gegen den imperialistischen Krieg und den Bürgerkrieg mit allen Mitteln zu kämpfen — dann könnte aus den Niederlagen des Bürgerblocks eine Katastrophe für das Proletariat werden.

Landtagswahl in Mecklenburg-Strelitz
Neukreis, 3. Juli. Die Wahlen zum Landtag von Mecklenburg-Strelitz haben folgendes vorläufige amtliche Wahlergebnis gezeigt:

Demokraten 3041,
Deutschnationalen 10 309 (12 173 im Jahre 1923).
Sozialdemokraten 15 137 (11 458).
Deutsche Volkspartei 2022 (2783).
Verbund für Handwerk und Gewerbe 4803.
Kommunisten 4121 (10 342).
Bund der Kleinlandwirte 1739 (2046).
Verbund des Haush. und Grundbesitzervereine 1556.
Deutschösterreichische Freiheitsbewegung 2266 (4458).
Mecklenburg-Strelitzer Wirtschaftspartei 505 Stimmen.

Die Mandatsverteilung im Landtag
wird sich vorläufig folgendermaßen gestalten: Deutschationale 10 (höher 9); Deutsche Volkspartei 1 (2); Kleine Landwirte 1 (1); Volkliche 1 (3); Demokraten 2; Handwerk 4 (Bürg. Arbeitsgemeinschaft); Dem. Handwerk und Gewerbe 5; Hausbesitzer 1; Sozialisten 12 (8); Kommunisten 3 (7).

Die Wahlen zum Landtag sind bei einer Wahlbeteiligung von etwa 60 bis 70 Prozent ruhig verlaufen.

serner in den französischen marxistischen Organisationen. Otto und Clara Zetkin schriftstellerische und propagandistische Tätigkeit für die französische Arbeiterbewegung war den damaligen Verhältnissen entsprechend natürlich unentzettelbar. Beide witterten auch im deutschen sozialistischen Verein, dem zahlreiche in Deutschland durch Bismarcks Polizei ausgewiesene oder verfolgte Arbeiter angehörten, ebenso auch früher eingewanderte Landsleute, die in der Pariser Industrie ihr Brod gefunden hatten.

Die Zeit der Emigration war eine sehr harte Schule für Clara. Otto und Clara Zetkin hatten keine gesicherte Existenz; sie erwarben ihren Lebensunterhalt durch Privatstunden und Übersetzungen. Was sie später mit ihrer Feder für die deutsche Presse erwarben, war unregelmäßig und sehr beschwerlich. Zwei Kinder sollten gefund aufzuziehen. Clara hatte zu der politischen Arbeit die ganze Last des Haushalts, in dem sie zuerst gänzlich unerfahren war. Die vielen Entbehrungen und Sorgen des Flüchtlingslebens hatten Otto Zetkin Sehnsucht frühzeitig gebracht, er lag fast zwei Jahren gelähmt und starb noch in jungen Jahren. Wie schwer die Sorgen Claras in jener Zeit oft waren, zeigt nachstehender Vorfall.

Zwei Monate nach der Geburt ihres zweiten Sohnes erschien frühmorgens die Polizei in der Wohnung, um die Familie auszuweisen und alles darin Befindliche mit Beschlag zu belegen. Das Honorar für eine größere Übersetzung war nicht zur Zeit gekommen, und so hatte die lässige Miete nicht gezahlt werden können. Die revolutionären Russen waren bei den bürgerlichen Hausbesitzern und den Polizeibehörden in Paris gleichzeitig unbedeutend, und deshalb ging man mit äußerster Strenge gegen die Schuldner vor. Clara batte gerade ihre beiden Kinder, als die Polizei die Ausweisung aus der Wohnung vornahm. Die Kinder durften angekleidet werden, aber jedes andere Stücks Kinderwäsche wurde mit Beschlag belegt, ebenso Claras Kleid, so daß sie in Unterwäsche und Jacke, wie sie beim Baden der Kinder stand, aus dem Hause gehen mußte. Man gestaltete ihr noch gnädig, einen großen Überwurf umzulegen, den die Franzosen damals eingesetzte, d. h. Elendsoverderer, nannten. Clara löß mit den Kindern auf einer Bank des Boulevards, während Otto Zetkin zu Freunden ging, um etwas Geld zu holen. Er mietete dann ein möbliertes Zimmer, das aber erst am Abend frei war. Als er abends mit Frau und Kindern das Zimmer bezogen wollte, wies ihn die Hausverwalterin zurück und erklärte, das Zimmer um keinen Preis abzutreten, weil „der Herr Familie habe“. Otto Zetkin erklärte: „Liebe Frau, ich habe Ihnen beim Mieten gelogen, daß ich verheiratet bin.“ „Zumal“, sagte die Hausverwalterin, „das haben Sie gesagt. Und sie ließen das Zimmer haben mit einer Frau, mit zwei Frauen, meinetwegen mit zehn Frauen. Aber nicht mit kleinen Kindern. Das hier ist ein anständiges Haus! Da dürfen

Dieser Ausgang der Wahlen zeigt, daß es für unsere Partei notwendig ist, eine ernsthafte und konkrete Bauernpolitik zu betreiben. Die Arbeit auf dem platten Lande muß verstärkt werden. Diese Lehre gilt es als erstes aus dem Ausgang der Wahlen zu ziehen.

Sobald uns weitere Mitteilungen vorliegen, kommen wir auf die Wahlen nochmals zurück.

Arensdorf-Lichtenberg

Eine Männer der Polizei. — Drabung gegen den RFB.

Am Freitag abend hat die Berliner Schuhpolizei in Arensdorf wieder einmal auf Arbeiter und demonstrierende Frontkämpfer eingebaut. Die Berliner Schupo, geführt von reaktionären, monarchistischen Offizieren, provozierte Zusammenstöße. Zu welchem Zweck? Nun, es ist klar, daß die Errangung über den sozialistischen Nord der Arensdorf abgebogen werden muß. Und genau so, wie die Reichsbannerführer im ersten Augenblick versuchten, den Überfall von Arensdorf als von Rothen Frontkämpfern verübt hinzustellen, will die preußische Polizei — ihr regierender Minister ist doch Mitglied der Sozialdemokratie — den Willen der proletarischen Reichsbannermitglieder mit den Kameraden vom RFB gemeinsam gegen den Faschismus zu kämpfen aufzuhören. Darauf die Schiefer und das Einbringen auf RFB-Kameraden. Bestätigt wird das durch die Fassung des Berichts, der eine Berliner Mittagszeitung bringt und anhängend von der Polizei hineingebracht wurde. Es heißt dort:

„Die Politische Polizei wird diesen legen Überfall zum Anlaß nehmen, endlich einmal durchgreifend aufzuräumen. Regierungsdirektor Wundsch, der Vater der Politischen Polizei, wird sich über Schuhmaßnahmen, die endlich einmal getroffen werden müssen, läßlich werden, weil auch der Ansicht ist, daß nicht jeden Tag die Bevölkerung Berlins durch politisches Rauschum in Aufregung versetzt werden darf.“

Das ist deutlich! Also nicht die sozialistischen Banditen sind die Rauden, sondern die Kameraden des RFB! Herr Wundsch, Herr Jörgsiedel und Herr Greifníkli sollen ein Demonstrationsverbot für den Roten Frontkämpfer durchdrücken. Die Reichsbannerkameraden sollen gehindert werden, mit den Roten Frontkämpfern zusammenzugehen; denn nicht wahr, mit „Rauden“ pflegt doch ein Reichsbannerkamerad keine Gemeinschaft?

Zwei Fälle mit einer Klappe will die preußische Polizei klagen; den RFB unterdrücken und den Willen zum einheitlichen Kampf gegen den Faschismus bei den Reichsbannerkameraden eindämmen.

Mostauer Methoden

Die Dresden Volkszeitung nimmt Entzürfung über die kommunistische Presse. Wir haben festgestellt, daß die beiden Sozialdemokraten im Präsidium des Landtags mit den bürgerlichen Vertretern des Empfang der Beamtendelegation abgelehnt haben. Die SPD-Presse erklärt jetzt, die Ablehnung habe nichts zu bedeuten gehabt, die Beamten seien an den zuständigen Ausschuss verweisen und auch von diesem empfangen worden.

Wir wollen hierzulande folgendes feststellen: Wäre die Delegation von dem Präsidium empfangen worden, dann hätte die Beamtenheit eine Antwort über die Haltung des Ausschusses erhalten müssen. Der Ausschuss konnte eine solche Erklärung ja nicht bindend abgeben. Das Verweisen an den Ausschuss hält allen Parteien den Rücken frei für die entscheidende Abstimmung. Die Gründe, die die SPD-Presse anführt, daß man die Beamten an den Ausschuss verweisen mußte, sind keineswegs stichhaltig, sondern nur eine kindliche Ausrede. Da die SPD die Haltung ihrer Vertreter nicht ernsthaft zu verteidigen vermögt, schimpft sie auf die Kommunisten.

Rytoow zur Kriegsgefahr

Rede an die Kommandeure.

Berlin, 4. Juli. (Eigene Drabitung.)

Meldungen aus Moskau zufolge hat Rytoow bei der neueren Einstellung von 230 roten Kommandeuren auch zur Frage der Kriegsgefahr Stellung genommen. Rytoow erklärte, daß die diesmalige Einstellung der roten Kommandeure in die Armee in einer Periode der Kriegsgefahr erfolgt. Wenn auch die Regierung der Sowjetunion im Interesse der Arbeiter der ganzen Welt demüthigt sei, den Krieg zu vermeiden, so sei doch die Stärke der Verteidigungskraft Sowjetruhlands die Hauptaufgabe. Seit dem Bürgerkrieg sei die Kriegsgefahr niemals so drohend gewesen wie jetzt.

Gieg der Rantingtruppen

Berlin, 4. Juli. (Eigene Drabitung.)

Der „Montag“ erzählt von einem Sonderberichterstatter aus Shanghai: Die Rantingtruppen haben längs der Eisenbahn Tientsin-Baoding einen bedeutenden Sieg errungen, indem sie die Tschangtungshangtruppen nach Tianshui zurückgeworfen haben. Der Besitz der Provinz Schantung ist damit für Tschangtungshang unhalbar geworden. In Ranting explodierten zwei Pulverbäder. Zahlreiche Schiffe sind dabei untergegangen und viele Hundert Chinesen wurden getötet.

sen keine kleinen Kinder herein!“ Es war finstern geworden, die Eltern standen mit den zwei Kindern auf der Straße und überlegten, was zu tun sei. Da trafen sie eine russische Revolutionärin, die vor kurzem aus Sibirien zurückgekommen war und die ihnen vorschlug, ihr Zimmer zu nehmen, bis sie eine Wohnung gefunden hätten. Sie selbst konnte inzwischen bei Freunden unterkommen. Zu der Zeit herrschte in der Kolonie der revolutionären Russen in Paris ein brüderlich kommunistischer Geist. Es gab wenige, die gesuchte Existenzmittel hatten. Aber es war selbstverständlich, daß jeder alles mit dem anderen teilte, der gerade nichts hatte. Alles mit allen zu teilen, war auch der leibhaftigste Brauch bei Otto und Clara Zetkin, so daß es immer Freunde gab, die bei ihnen zu Tisch waren und bei ihnen nächtigten. Deshalb